

Der Ausschussvorsitzende wies einleitend darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt nachträglich zur Tagesordnung genommen worden sei.

Herr Hennig verwies auf die bereits im Jahre 2007 in diesem Ausschuss geführten Diskussionen. Bis auf die Lage der Ausgleichsflächen habe sich die Planung wenig verändert. Nach wie vor bestehe die Notwendigkeit, betroffene Häuser in Meindorf abzureißen, deren Anzahl bisher unverändert sei. Positiv zu vermelden sei die deutliche Verbesserung des Lärmschutzes. Die Unterlagen lägen derzeit in seinem Büro zur Einsicht für die Bürgerinnen und Bürger aus, die ein großes Interesse zeigen würden. Er gehe davon aus, dass alle vom Abriss Betroffenen bereits von der Einsichtsmöglichkeit Gebrauch gemacht haben. Derzeit werde der Fristablauf für die Eingaben der Bürgerschaft abgewartet. Hierfür habe er bei der Bezirksregierung eine Fristverlängerung beantragt, um dieses Thema in der nächsten UPV-Sitzung diskutieren zu können. Die Verwaltung schlage vor, sich gemeinsam im Vorfeld der nächsten Sitzung über die vorliegenden Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung zu beraten und eine Stellungnahme zu entwickeln.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machte die Bedeutung des Lärmschutzes deutlich, wo derzeit viel Positives geschehe. Besonders hob er die Blendschutzwand hervor, die als Lärmschutzwand gebaut werde zwischen Bahnstrecke und Autobahn, was dazu führe, dass der Bahnlärm in weiten Teilen abgeschirmt werde. Es werde dort ein gewaltiger Bau entstehen, der in die Landschaft hinein geplant werde. Man müsse allerdings vorsichtig sein, damit nicht eine Art „Mauer“ vor Meindorf entstehe. Er bat die Verwaltung, sich in Vorbereitung der abzugebenden Stellungnahme bereits rechtzeitig mit dem Kreis und auch der Stadt Bonn in Verbindung zu setzen, damit die beteiligten Kommunen in einer Sprache sprechen würden. Zudem stellte er die Frage nach einer Reaktion des Landesbetriebs Straßen auf eine geplante Bürgerinfoveranstaltung für Menden und Meindorf.

Herr Kespohl von der SPD-Fraktion habe diesbezüglich noch keine Infos erhalten, lud aber gerne die Ausschussmitglieder zur geplanten Veranstaltung nach Meindorf ein. Er sprach sich dafür aus, sich zusammen mit der Verwaltung kritisch diesem Planfeststellungsverfahren anzunehmen, hier insbesondere dem aktiven Lärmschutz. Er erinnerte daran, dass er zusammen mit Herrn Metz zu Gast bei der Bürgerinfoveranstaltung der Bahn zur S13 gewesen sei. Die Bürgerinnen und Bürger seien teilweise bestürzt gewesen über die Planungen, die dort vorgestellt worden seien. Die Notwendigkeit des Abrisses von mehreren Häusern sei so nicht erwartet worden. Es könne nicht sein, dass die Häuser so hermetisch abgeschottet werden müssten, damit man den Lärm nicht wahrnehme. Man möchte sich auch in Meindorf ohne Lärmbelastigungen auf seinen Grundstücken im Freien aufhalten können. Bei Süd- und Ostwind sei der Lärmpegel im Ort enorm. Daher sei ihm der aktive Lärmschutz sehr wichtig. Er setze da auf die Unterstützung dieses Ausschusses und der Verwaltung, die bestmögliche Lösung zu finden.

Herr Köhler von der Fraktion AUFBRUCH brachte ebenso die Wichtigkeit des Lärmschutzes für die Meindorfer Bevölkerung zum Ausdruck, aber auch die Mendener seien betroffen. Was in Gesetzen und Immissionsvorschriften leider nicht berücksichtigt sei, sei die Additionswirkung von Bahn- und Straßenlärm. Die einzelnen Lärmpegel für sich betrachtet seien vielfach unproblematisch, aber in der Summe würden sie zu erheblichen Belästigungen der Anwohner führen. Es würde sich auf jeden Fall lohnen, für einen ausreichenden aktiven Lärmschutz zäh und hart zu verhandeln. Er erinnerte an den Bau der ICE-Trasse und deren Auswirkung auf den Ortsteil Birlinghoven. Zähe Verhandlungen hätten erst dazu geführt, dass seitens der Bahn eine Lärmschutzwand zwischen der Bahntrasse und der Wohnbebauung gezogen worden sei. Diese habe sich sehr bewährt, da in Birlinghoven kaum etwas vom ICE und der Autobahn zu hören sei. Dies müsse auch das Ziel für Menden und Meindorf sein.

Frau Jung von der FDP-Fraktion machte ebenso deutlich, dass die Meindorfer stärker betroffen seien als die Mendener. Trotzdem sollte die Mendener Situation nicht unberücksichtigt bleiben. Der Lärmschutz sei in Menden schon seit Jahrzehnten ein Thema, für das sich schon viele Kommunalpolitiker aus Menden eingesetzt hätten. Und auch appelliere sie besonders an die Mendener UPV-Mitglieder, die auch ein persönliches Interesse am aktiven Lärmschutz haben sollten.

In Bezug auf eine geplante Bürgerinformation erklärte Herr Gleß, dass die Verwaltung mit dem Landesbetrieb Straßen in Kontakt sei. Derzeit werde geklärt, in welcher Form diese abgehalten werden solle. Die Verwaltung habe eine abendliche Infoveranstaltung oder/und auch ein ganztägiges Informationsfahrzeug in Meindorf vorgeschlagen, das für Fragen der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen würde. Der Landesbetrieb Straßen sei sehr aufgeschlossen, die Bürgerschaft vor Ort zu informieren. Eine abschließende Antwort des Landesbetriebs Straßen läge noch nicht vor, da auch in der dortigen Behörde die Grippewelle um sich greifen würde. Sobald eine Reaktion vorliege, werde die Politik darüber informiert.

Bzgl. der Kontaktaufnahme mit dem Kreis machte Herr Gleß deutlich, dass das Thema Lärmschutz das elementare, wenn nicht sogar das wichtigste Element bei der Umsetzung dieses Projektes sei. Ein weiteres Thema werde der landschaftsökologische Ausgleich sein. Die Verwaltung habe immer noch das Ziel, eine Landschaftsbrücke über diese Bahntrasse und die A59 entstehen zu lassen. Im Zuge der Planfeststellung zur S13 habe die Stadt seinerzeit dies vorgebracht, was aber leider gescheitert sei. Die Stadt habe allerdings damals auch keine Fürsprecher gehabt. Das Thema würde ihn erneut beschäftigen, inwieweit es jetzt gelingen möge, Ersatzgelder zu regenerieren, die im Haushalt geparkt und nicht für andere Zwecke verwandt würden. Er habe bereits mit dem Kreis Kontakt aufgenommen, um letztendlich dort einen Fürsprecher zu haben. Die Reaktion sei allerdings etwas ernüchternd gewesen. Er bat die Kreistagsmitglieder in diesem Ausschuss, gegenüber dem Kreis in die gleiche Richtung wie die Verwaltung zu argumentieren. Immer im Hinblick darauf, dass eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet werden müsse. Mit so einer Landschaftsbrücke könne man der Bevölkerung etwas von dem zurückgeben, was durch dieses Projekt der unmittelbaren Umgebung der Bürgerschaft genommen würde. Vorgesehen sei, die Ausgleichsflächen im Bereich der Siegaue durchzuführen. Dieser Bereich sei landschaftsökologisch hochwertig und ein wesentlicher Lebenselixier. Daran werde die Verwaltung weiter arbeiten, benötige aber hierfür als Fürsprecher die Vertreter der Kreisverwaltung.

Herr Kespohl hob die Bedeutung des Tunnels zwischen Menden und Meindorf hervor, der mehrmals täglich von den Ortsteilbewohnern befahren werden müsse. Er bat die Verwaltung, beim Bau der Bahntrasse und der A59 dies nicht aus den Augen zu verlieren. Eine Baustellenampel mit einer einspurigen Verkehrsführung sei an dieser Stelle undenkbar, schon gar nicht über so einen langen geplanten Zeitraum. Denkbar wäre z.B., nur die PKWs über die Mirz zu leiten, um so die Verkehrssituation zu entlasten. Dies sollte gemeinsam mit der Verwaltung überlegt werden.

Herr Metz machte deutlich, was der Bau einer 4-gleisigen Bahntrasse mit einer daneben liegenden 8-spurigen Autobahn für die Umwelt bedeute. Es entstünden riesige Einschnitte in die Pflanzen- und Tierwelt. Und mit so einer Landschaftsbrücke habe man jetzt die Möglichkeit, diese Einschnitte zu begrenzen. Daher sei es besonders wichtig, eng miteinander zu arbeiten, um hier auf einen gemeinsamen Konsens zu kommen, da man sich diese Möglichkeit sonst für die nächsten Jahrzehnte vergeben würde. Er werde sich als Kreistagsmitglied dafür einsetzen und zeigte sich verwundert über die erste Reaktion aus dem Kreishaus.

Herr Köhler sprach sich dafür aus, den Kreis an die erfolgreiche Zusammenarbeit beim Ausbau der ICE-Strecke zu erinnern. Hier sei es gelungen, durch eine enge Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen die Optimierung der Strecke auf Kreisgebiet zu erreichen.

Der Ausschussvorsitzende ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.